

Bericht des Gemeinderats

Interfraktionelles Postulat GB/JA!, SP/JUSO (Cristina Anliker-Mansour, GB/Guglielmo Grossi, SP) vom 31. März 2011: Politische Partizipation für Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt Bern! (2013.SR.000398)

An der Stadtratssitzung vom 1. Dezember 2011 hat der Stadtrat Punkt 1 der Interfraktionellen Motion GB/JA!, SP/JUSO erheblich erklärt. Punkt 2 wurde mit SRB 542 erheblich erklärt. Mit SRB 2013-267 vom 13. Juni 2013 und mit SRB 2014-361 vom 28. August 2014 sowie SRB 2015-478 vom 5. November 2015 hat der Stadtrat einer Fristverlängerung bis letztendlich 26. August 2016 für die Abgabe des Prüfungsberichts zugestimmt.

Bern ist eine multikulturelle Stadt. 21.7% der Bewohner in der Stadt Bern sind Ausländerinnen und Ausländer. Über 160 Nationalitäten leben in Bern zusammen. Sie alle arbeiten, zahlen hier ihre Steuern und tragen wesentlich zum Wohlstand der Stadt bei. Sie sind aber von der politischen Mitwirkung nach wie vor ausgeschlossen.

Mehrere Kantone unterstützen die politische Integration, indem sie für Ausländerinnen und Ausländer das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler bzw. kantonaler Ebene eingeführt haben. Im Kanton Bern und in dessen Gemeinden ist dies leider nicht möglich.

Im neuen Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern wird im Leitsatz 2 folgendes festgehalten: „Die Stadt Bern setzt sich für die politische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten ein.“ Die Stadt Burgdorf hat im Februar 2008 ein Antragsrecht für Ausländer im Parlament der Gemeinde eingeführt. Für einen solchen Antrag braucht es die Unterschriften von mindestens 30 Personen mit Niederlassungs- bzw. Aufenthaltsbewilligung (Ausweis C oder B). Ein solcher Antrag soll im Parlament wie ein Antrag eines Ratsmitglieds behandelt werden. In der Stadt Bern gibt es bereits das Mitwirkungsrecht für Kinder und Jugendliche mit der Jugendmotion als Instrument, welches in der Gemeindeordnung – unter „Mitwirkungsreglement von Kindern und Jugendlichen“ MWR – verankert ist.

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Die Grundlagen zu schaffen, um das Antragsrecht der Ausländerinnen und Ausländer in Bern auf Gemeindeebene zu verankern.
2. Anschliessend eine Kampagne starten, um die in Bern wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer über diese Möglichkeit der politischen Partizipation zu informieren.

Bern, 31. März 2011

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO (Cristina Anliker-Mansour, GB/Guglielmo Grossi, SP), Stéphanie Penher, Lea Bill, Rahel Ruch, Jeannette Glauser, Urs Frieden, Aline Trede, Corinne Mathieu, Hasim Sancar, Ruedi Keller, Stefan Jordi, Halua Pinto de Magalhães, Beat Zobrist, Silvia Schoch-Meyer, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Nicola von Greyerz, Patrizia Mordini, Luzius Theiler, Regula Fischer, Christine Michel, Gisela Vollmer, Thomas Göttin, Annette Lehmann, Giovanna Battagliero, Rolf Zbinden, Ursula Marti

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat im Massnahmenplan „Integration konkret 2014 - 2017“ zur Umsetzung des Leitbilds zur Integrationspolitik eine dem Punkt 2 des Vorstosses Rechnung tragende Massnahme formuliert (Massnahme 41): Die ausländische Bevölkerung der Stadt Bern wird über das neue Antragsrecht von Ausländerinnen und Ausländern an den Stadtrat informiert.“

Aufgrund einer beschwerdebedingten Verzögerung tritt das Reglement über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern (Partizipationsreglement; PaR) nun erst per 1. November 2016 in Kraft. Zur Information der ausländischen Bevölkerung über das neue Antragsrecht wird unter Federführung des Kompetenzzentrums Integration KI eine Informationskampagne gestartet, welche verschiedene Massnahmen umfasst. Folgende Massnahmen sind sinnvoll und möglich:

Kurzfristig umsetzbar

Folgende Kanäle stehen für die kurzfristige Information der ausländischen Bevölkerung zur Verfügung:

- Newsletter des KI (gesamthft ca. 2 000 Empfänger/innen, Hinweis in der Herbst- und in der Winterausgabe 2016)
- Website: Hinweis unter Themen „Ausländerinnen und Ausländer“, wird von KI bewirtschaftet: <http://www.bern.ch/themen/auslanderinnen-und-auslander/integration-und-migration>. Ausserdem entsprechende Anpassung unter „Mitreden und Mitgestalten“, bewirtschaftet von AUSTA: <http://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/mitreden-und-mitgestalten>
- Facebook-Seite Integration und Facebook-Seite Aktionswoche gegen Rassismus
- Hinweise an Veranstaltungen des KI (bspw. Forum der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern, Austauschsitzung Migration, Schulungen etc.).

Mittelfristig umsetzbar

Weitere Massnahmen zur Information der ausländischen Bevölkerung werden in enger Zusammenarbeit mit der Fachkommission für Integration geprüft und, wenn als sinnvoll befunden, umgesetzt. Im Vordergrund stehen derzeit die folgenden Optionen:

- Publikation eines spezifischen Flyers mit den wichtigsten Informationen
- Informationsveranstaltungen zu spezifischen Aspekten des PaR: Was bringt uns das PaR? Wie reichen wir einen Antrag ein? Welche Themen sind für einen Antrag geeignet? Wie sammelt man effizient Unterschriften? Und ähnliche Fragen
- Hinweise in Medien der Migrationsbevölkerung
- Präsentationen bei Organisationen der Migrationsbevölkerung
- Online zur Verfügung stellen von Hilfsmitteln: Formulare, Vorgehensablauf etc.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Umsetzung von Punkt 2 des genannten Postulats kann im Rahmen des Globalbudgets des Kompetenzzentrums Integration erfolgen. Es sind keine zusätzlichen Folgen für Personal und Finanzen zu erwarten.

Bern, 14. September 2016

Der Gemeinderat